

Deutsche Wirtschaft trotz ausgeprägten Unsicherheiten

Von Claus Michelsen, Martin Bruns, Marius Clemens, Max Hanisch, Simon Junker, Konstantin Kholodilin und Thore Schlaak

ABSTRACT

Die deutsche Wirtschaft schwenkt nach einem turbulenten Sommerhalbjahr – schwächeres zweites Quartal gefolgt von einem wohl kräftigeren dritten Quartal – auf ein durchschnittliches Tempo ein und dürfte dieses Jahr um 0,9 Prozent wachsen. Trotz der etwas geringeren Dynamik bleiben die Kapazitäten gut ausgelastet, der Beschäftigungsaufbau setzt sich – wenn auch abgeschwächt – fort und die Nachfrage aus dem Ausland schwächt sich zwar ab, bleibt alles in allem aber recht rege. In diesem Umfeld weiten die Unternehmen auch ihre Investitionen aus, dürften aber aufgrund der drohenden Verwerfungen im globalen Handel vorsichtig disponieren.

Die deutsche Wirtschaft hat nach der Stagnation im zweiten Halbjahr 2018 zum Auftakt dieses Jahres wieder Fahrt aufgenommen (Abbildung 1). Bedingt durch die späten Osterferien wird das zweite Quartal zwar schwächer ausfallen, das dritte Quartal dürfte dies jedoch kompensieren. Im späteren Verlauf dürfte sie mit Raten zulegen, die knapp dem langjährigen Mittel entsprechen (Tabelle 1). Die Kapazitäten bleiben damit ausgelastet (Abbildung 2). Damit bestätigt das DIW Berlin seine Einschätzung aus dem Frühjahr.¹ Im Jahresdurchschnitt wird das Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 0,9 Prozent² zulegen (Abbildung 3). Der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung liegt jedoch eine Zweiteilung in kräftige Impulse aus den Dienstleistungsbereichen auf der einen Seite sowie eine ausgeprägte Industrieflaute auf der anderen Seite zugrunde.

Die Dienstleister profitieren von der Dynamik des inländischen Konsums: Dieser wird getragen vom anhaltenden Beschäftigungsaufbau und spürbaren Lohnzuwächsen: Im Jahresdurchschnitt 2019 steigt die Zahl der Erwerbstätigen um 435 000, die Nominallöhne pro Kopf steigen um 2,8 Prozent. Der Anstieg der Erwerbstätigenzahlen dürfte jedoch an Fahrt verlieren: Im kommenden Jahr wird er voraussichtlich bei einer Viertelmillion Personen liegen. Die Inflation dürfte mit 1,5 Prozent in diesem und 1,7 Prozent im kommenden Jahr weiterhin gering sein, und somit, wie die letzten Jahre auch, keinen allzu dämpfenden Effekt auf die Kaufkraft haben. Finanzpolitische Maßnahmen kurbeln den Konsum der privaten Haushalte dieses Jahr zusätzlich an:³ So haben etwa die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung der Krankenkassenbeiträge zum Jahresbeginn die Einkommen und damit die Ausgaben der privaten Haushalte beflügelt. Zur Jahresmitte stehen mit den Rentenausweitungen und der Erhöhung des Kindergeldes weitere Transfers an,

¹ Vgl. Claus Michelsen et al. (2019): Deutsche Wirtschaft derzeit besser als ihr Ruf – Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Frühjahr 2019. DIW Wochenbericht Nr. 11 (online verfügbar, abgerufen am 5. Juni 2019). Dies gilt auch für alle anderen Onlinequellen in diesem Bericht, sofern nicht anders vermerkt.

² Das 68-Prozent-Konfidenzintervall, das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergibt, liegt für dieses Jahr zwischen 0,4 Prozent und 1,3 Prozent; für das kommende Jahr liegt es zwischen 1,3 Prozent und 2,1 Prozent.

³ Siehe zur Berechnung des Konjunkturimpulses Ferdinand Fichtner et al. (2017): Deutsche Wirtschaft: Aufschwung hat an Breite gewonnen, wird aber an Fahrt verlieren – Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Winter 2017. DIW Wochenbericht Nr. 50, Kasten 2, 1169f (online verfügbar).

Abbildung 1

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten
Saison- und arbeitstaglich bereinigter Verlauf



Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Sommergrundlinien 2019.

Tabelle 1

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungs- und Entstehungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; saison- und kalenderbereinigt

	2018				2019				2020			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,2	0,3	-0,1	0,3	1,2	-0,3	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Öffentliche Konsumausgaben	-0,3	0,7	-0,3	1,3	-0,3	0,4	0,4	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	1,1	0,6	0,5	0,8	1,1	0,8	0,7	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
Ausrüstungen	2,2	0,3	0,0	0,7	1,2	1,0	0,9	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6
Bauten	0,9	0,8	0,9	1,0	1,9	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
Sonstige Investitionen	-0,5	0,3	0,2	0,5	-1,1	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Lagerveränderung ¹	0,1	0,3	0,8	-0,6	-0,6	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,4	0,7	0,8	0,0	0,2	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Außenbeitrag ¹	0,0	-0,2	-0,9	0,0	0,2	-0,2	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Export	-0,2	0,8	-0,9	0,6	1,0	-0,9	1,4	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
Import	-0,3	1,5	1,3	0,7	0,7	-0,6	1,2	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7
Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,5	-0,2	0,0	0,4	0,1	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Bruttowertschöpfung ²	0,3	0,3	-0,1	0,1	0,4	0,0	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Verarbeitendes Gewerbe	-0,6	0,3	-1,3	-0,6	-0,9	-1,0	1,1	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
Baugewerbe	0,9	1,0	0,8	1,8	0,2	1,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	0,7	0,7	-0,3	0,4	1,4	0,3	0,6	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Unternehmensdienstleister	0,9	0,7	-0,4	-0,3	1,0	0,2	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	0,6	0,0	0,7	0,2	0,6	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2

1 Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen, Prognose ab zweitem Quartal 2019.

© DIW Berlin 2019

Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	1,7	2,2	2,2	1,4	0,9	1,7
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	43 071	43 642	44 269	44 841	45 276	45 520
Erwerbslose, ILO	1 949	1 775	1 621	1 469	1 336	1 193
Arbeitslose, BA	2 795	2 691	2 533	2 340	2 233	2 116
Erwerbslosenquote, ILO ²	4,6	4,1	3,8	3,4	3,1	2,7
Arbeitslosenquote, BA ²	6,4	6,1	5,7	5,2	4,9	4,6
Verbraucherpreise ³	0,5	0,5	1,5	1,8	1,5	1,7
Lohnstückkosten ⁴	1,8	1,2	1,5	2,6	3,3	1,3
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
in Milliarden Euro	23,9	28,7	34,0	57,3	40,3	31,8
in Prozent des BIP	0,8	0,9	1,0	1,7	1,2	0,9
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	8,5	8,4	8,0	7,3	7,0	6,9

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) bzw. zivilen Erwerbspersonen (BA).

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; eigene Berechnungen; 2019 und 2020 Prognose des DIW Berlin

© DIW Berlin 2019

die ebenfalls zu Buche schlagen dürften. Für das kommende Jahr sind Maßnahmen mit deutlich geringerer Schlagkraft beschlossen. Alles in allem verliert der Konsum so an Fahrt und damit auch die Produktionsausweitung bei den konsumnahen Dienstleistern.

Die Industrieflaute hängt zum einen mit der seit Herbst schleppenden Produktion der Kfz-Hersteller zusammen: Entgegen dem üblichen Gleichlauf mit den Umsätzen, die kräftig gestiegen sind, fiel sie äußerst verhalten aus. Offenbar konnten Verkäufe aus zuvor aufgestauten Lagerbeständen

getätigt werden.⁴ Die nach und nach abgeschlossene Korrektur zu hoher Lagerbestände dürfte dann mit etwas deutlicheren Produktionsausweitungen einhergehen.

Zum anderen sind die Auftragseingänge auf breiter Front seit geraumer Zeit rückläufig – insbesondere im Maschinenbau sind sie im letzten halben Jahr eingebrochen. Dies dürfte nicht zuletzt an der schwächelnden Nachfrage aus China seit dem Jahreswechsel liegen, die sich aber wohl durch die wirtschaftspolitischen Impulse der chinesischen Regierung im weiteren Jahresverlauf stabilisieren wird.⁵ Dann dürfte sich auch die Auftragslage wieder verbessern und die derzeitige Auftragsflaute nur vorübergehend in einer geringeren Produktion münden: Denn die Industrie zehrt voraussichtlich noch geraume Zeit von den noch immer prall gefüllten Auftragsbüchern.

Hinzu kommt, dass sich die Nachfrage aus dem Ausland bis zuletzt – und auch im Prognosezeitraum – trotz widersprüchlicher Signale und hoher politischer Risiken als bemerkenswert robust erweist. Dies gilt auch für die Unternehmensinvestitionen, die zuletzt sogar kräftig zugelegt haben. Denn nach wie vor sind die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten gut ausgelastet und das aktuelle Zinsumfeld wirkt zusätzlich anregend.

Die Industriekonjunktur dürfte sich im Prognoseverlauf beleben, während die Impulse aus den Dienstleistungsbereichen wohl etwas nachgeben werden. In der Summe bleiben die Zuwächse bei der Wirtschaftsleistung stabil knapp unterhalb des langjährigen Durchschnitts. Das Wachstum wird im Jahresdurchschnitt 2020 mit 1,7 Prozent wieder höher ausfallen (Tabelle 2) – selbst wenn in Rechnung gestellt wird, dass hiervon 0,4 Prozentpunkte auf eine höhere Zahl an Arbeitstagen zurückzuführen sind.

Die Risiken bleiben allerdings hoch: Die Modalitäten des Brexit sind ungeklärt; ein ungeordneter Austritt würde besonders die offene deutsche Wirtschaft empfindlich in Mitleidenschaft ziehen. Das größte Risiko sind derzeit die von den USA ausgehenden Handelskonflikte; sollte sich die Auseinandersetzung der USA mit China verschärfen oder die Europäische Union in den Zollstreit hineingezogen werden, dürfte dies die Handelsströme und die Investitionen – auch hierzulande – stärker als bisher belasten.

Inflation bleibt niedrig

Die Preise steigen kaum. Lediglich die zuletzt wieder kräftig gestiegenen Energiepreise belasten die Kaufkraft, allerdings auch nur im laufenden Quartal (Abbildung 4). Die Kernrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) legt dagegen kaum zu. Angesichts einer lebhaften Konsumnachfrage und weiterhin gut ausgelasteter Kapazitäten sollten die gestiegenen Produktionskosten – insbesondere die Arbeitskosten, aber teils auch die zuletzt höheren Rohölnotierungen – zwar entlang

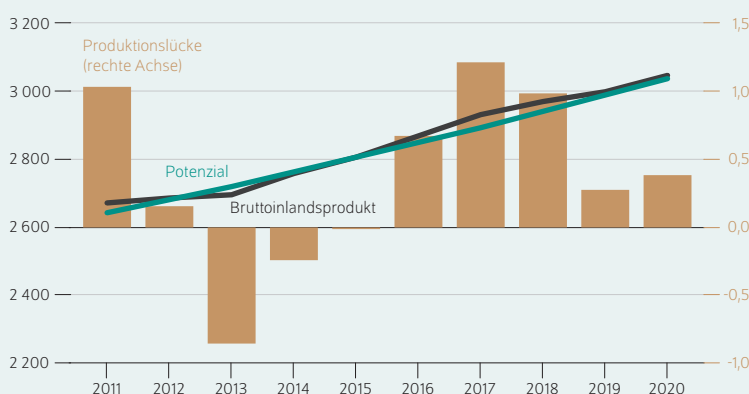
⁴ Vgl. hierzu ausführlicher Michelsen et al. (2019), a. a. O. (Kasten 1).

⁵ Vgl. Claus Michelsen et al. (2019): Weltwirtschaft und Euroraum: Protektionismus belastet Handel und Investitionen. DIW Wochenbericht Nr. 24, 410-415.

Abbildung 2

Bruttoinlandsprodukt und Potential beziehungsweise Produktionslücke

In Milliarden Euro beziehungsweise Prozent des Potentials



Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW Sommergrundlinien 2019

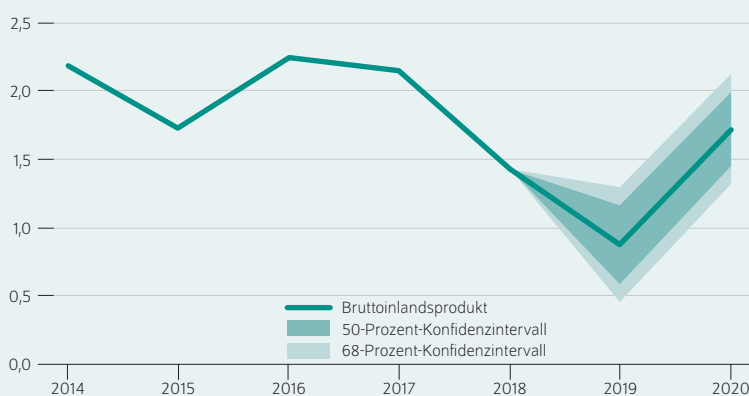
© DIW Berlin 2019

Die Kapazitäten bleiben gut ausgelastet.

Abbildung 3

Prognoseintervall für die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts

In Prozent



Quelle: DIW Sommergrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Die Prognoseunsicherheit für das Jahr 2019 umfasst den Bereich von 0,4 bis 1,3 Prozent BIP-Wachstum.

der Wertschöpfungsketten nach und nach auch an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergereicht werden. Unter dem Strich steigt die Kerninflation wohl aber nur leicht, auf 1,6 Prozent in diesem und 1,7 Prozent im kommenden Jahr. Da annahmegemäß (Tabelle 3) die Ölpreise im Prognosezeitraum sogar wieder nachgeben, dämpfen die Energiepreise die Teuerung in diesem und im nächsten Jahr; die Inflation bleibt mit 1,5 Prozent in diesem Jahr und 1,7 Prozent im Jahr 2020 weiterhin niedrig.

Tabelle 3

Annahmen dieser Prognose

		2018	2019	2020
EZB-Leitzins		0,0	0,0	0,11
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	-0,3	-0,3	-0,3
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	1,1	0,8	1,2
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	0,5	0,0	0,3
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,18	1,12	1,12
Tarifliche Monatslöhne	Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2,9	2,7	1,9
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	71,5	66,8	63,4
Erdölpreis	Euro/Barrel	60,6	59,4	56,6

Quelle: 2019 und 2020 eigene Prognose.

© DIW Berlin 2019

Arbeitsmarkt: Statistische Nacherhebung treibt Arbeitslosigkeit in die Höhe

Im Auftaktquartal des laufenden Jahres waren die trendmäßigen Entwicklungen bei der Beschäftigung ungebrochen: Während sowohl bei der selbständigen Tätigkeit als auch bei der geringfügigen Beschäftigung Rückgänge zu verzeichnen waren, nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung weiter zu. Insbesondere die Beschäftigung des konsumnahen Wirtschaftszweigs Handel, Verkehr und Gastgewerbe stieg angesichts des starken Konsums kräftig. Darüber hinaus gab es deutlich mehr Neueinstellungen bei den Unternehmensdienstleistern, obgleich im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung, der sogenannten Leiharbeit, weiterhin Rückgänge zu verzeichnen waren.

Die jüngsten Zahlen deuten auf eine sich verlangsamende Dynamik des Beschäftigungsaufbaus im laufenden Quartal hin. Einerseits dürften zwar im Dienstleistungssektor weiterhin neue Arbeitsplätze entstehen – darauf lassen die ifo Beschäftigungserwartungen dieses Sektors schließen (Abbildung 5). Andererseits signalisiert dieser Indikator im verarbeitenden Gewerbe – einhergehend mit der vorübergehenden Schwächeperiode der Produktion – eine gedämpfte Entwicklung. Zusammengefasst dürfte der Anstieg der Erwerbstätigen im diesem Quartal bei rund 90 000 Personen liegen – das entspricht rund 60 000 Personen weniger als im ersten Quartal. Im weiteren Prognoseverlauf dürften die Zuwächse entsprechend des gemächlicheren Produktionswachstums noch geringer ausfallen (Abbildung 6).

Die Arbeitslosigkeit war im ersten Quartal weiterhin rückläufig. Der Rückgang war im Vergleich zum Vorquartal allerdings etwas schwächer. Ursächlich war in erster Linie die geringere Zahl von Arbeitslosen im Rechtskreis des Sozialgesetzbuches (SGB) II („Hartz IV“).

Für das laufende Quartal ist hingegen ein kurzzeitiger Anstieg der Arbeitslosigkeit zu erwarten, denn nach leichten Rückgängen im April waren im Mai 60 000 Personen mehr in der Arbeitslosenstatistik geführt. Zwar ist der größere Teil dieses Anstiegs auf einen einmaligen Sondereffekt zurückzuführen: Eine Überprüfung des Status‘ der Arbeitsvermittlung bei Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfängern

Kasten 1

Prognosemodelle

Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im laufenden Quartal nur verhalten zulegen: Die Industrie kommt noch nicht aus der Talsohle und die Dienstleister können nicht ganz an das kräftige Expansionstempo des Auftaktquartals anknüpfen. Die schwache Entwicklung im zweiten Quartal dürfte indes auch durch die späten Ferien geprägt sein; so dürften viele ArbeitnehmerInnen die Osterfeiertage mit dem ersten Maifeiertag verbunden haben. Dafür spricht auch, dass die vom Verband der Automobilindustrie berichtete Produktion nach einem Rücksetzer im April im Mai deutlich ausgeweitet wurde.

Der private Konsum wird das im ersten Quartal – auch aufgrund der finanzpolitischen Einkommensschübe – erreichte hohe Niveau im zweiten Quartal nicht ganz halten können. Dafür sprechen zumindest die Einzelhandelsumsätze, die zum Quartalsbeginn deutlich gesunken sind; die Umsatzsteuer ist im gleichen Zeitraum dagegen angezogen.

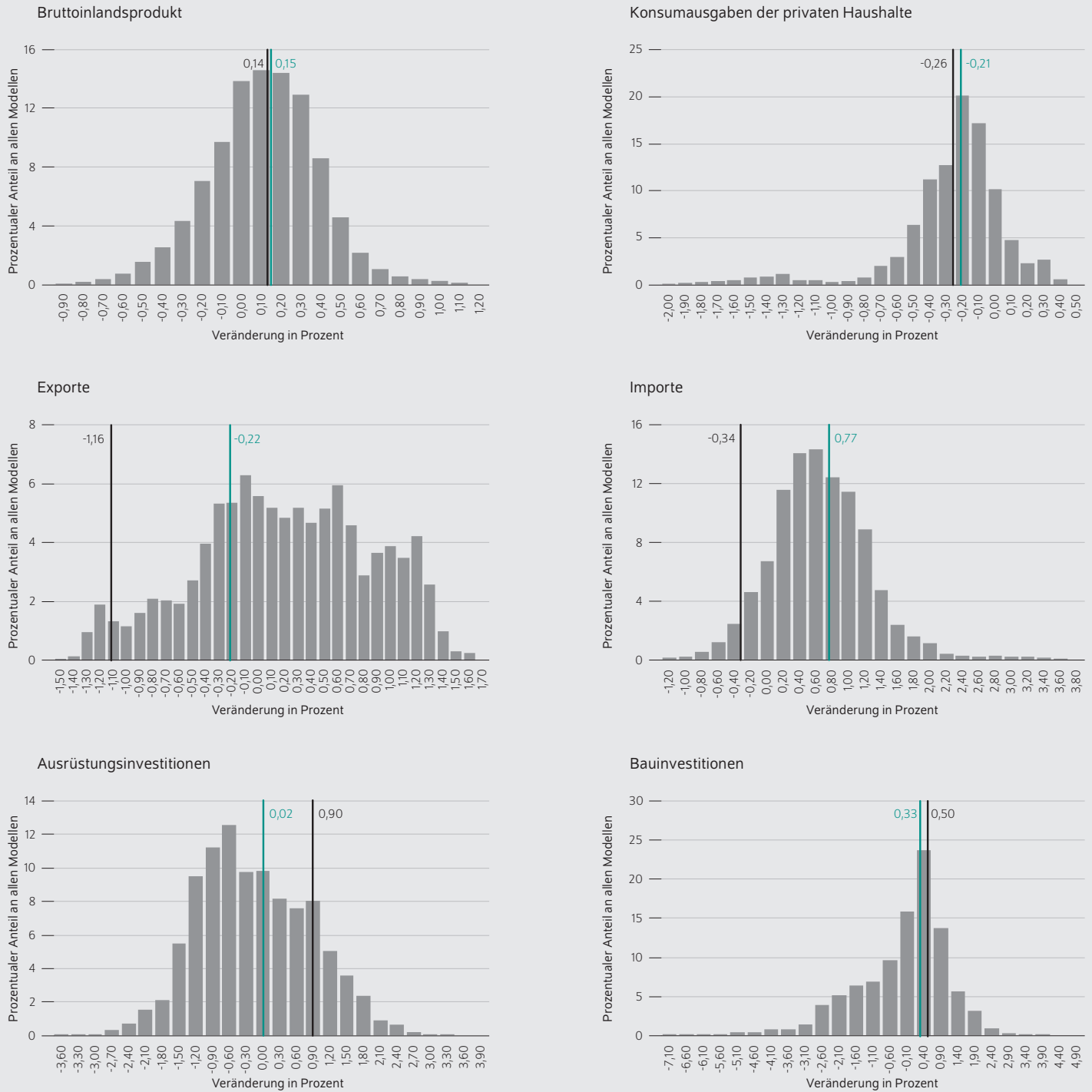
Die Exporte dürften zuletzt vor allem aufgrund des Ferientageeffekts gesunken sein. Die Indikatoren zeichnen ein uneinheitliches Bild: Die Beurteilung des Auftragsbestands für Exporte im Verarbeitenden Gewerbe ist im Mai stark gefallen und auch die Exporterwartungen sind weiter gesunken. Insbesondere die Hersteller von Kraftwagen und -teilen blicken pessimistisch in die Zukunft. Die Exporterwartungen der Hersteller chemischer Erzeugnisse hingegen haben sich wieder aufgehellt. Der Baltic Dry Index, der die Verschiffungskosten von Rohstoffen in der Vorstufe zur Produktion misst und so als Frühindikator für das Volumen des Welthandels und der Weltkonjunktur gilt, steigt nach seinem Tiefpunkt Anfang des Jahres wieder an. Das ifo Welthandelsklima gibt auch wieder positive Signale. Auch die Einfuhren werden im laufenden Quartal sinken; den Rücksetzer im April dürften Zuwächse in den folgenden Monaten entgegenstehen.

Die Indikatoren für die Ausrüstungsinvestitionen lassen leicht positive Zuwächse im zweiten Quartal erwarten. Die Beurteilung der Investitionsgüterhersteller hinsichtlich der Geschäftslage und -erwartungen deuten auf eher schwache Zuwächse hin. Auch die Umsätze der Investitionsgüterhersteller im Inland sind zu Jahresbeginn leicht gesunken. Demgegenüber stehen anhaltend niedrige Zinsen, die die Investitionstätigkeit treiben dürften.

Die starken Bauinvestitionen im ersten Quartal sind vom Wohnungsbau und dem Wirtschaftsbau getrieben. Für das zweite Quartal geben die Indikatoren unterschiedliche Richtungen vor. Einerseits ist der Auftragsbestand weiterhin hoch und auch die Finanzierungskonditionen bleiben aufgrund der niedrigen Zinsen weiterhin günstig. Andererseits gingen die Auftragseingänge zuletzt zurück und auch die Geschäftserwartungen der Bauunternehmer sind nicht mehr so positiv wie noch zu Jahresende.

Abbildung

Histogramme der Model-Averaging-Ansätze und Punktschätzer



— Punktschätzer (mit Prognosegüte gewichteter Durchschnitt aller Modelle) des Model-Averaging-Ansatzes

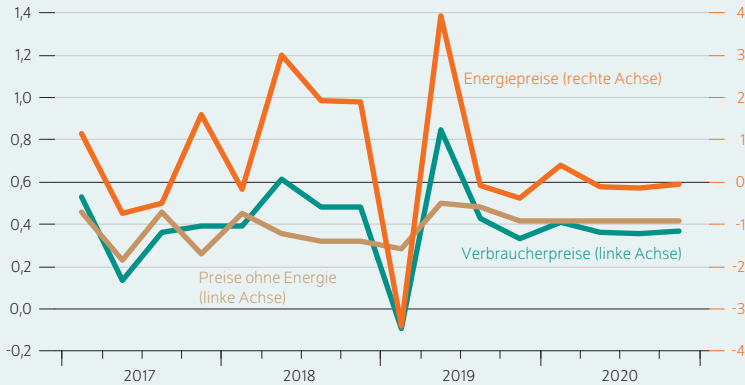
— Punktschätzer des Faktormodells

Quelle: DIW Sommergrundlinien 2019.

Abbildung 4

Verbraucherpreise

Saison- und kalenderbereinigte Änderung gegenüber Vorquartal, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

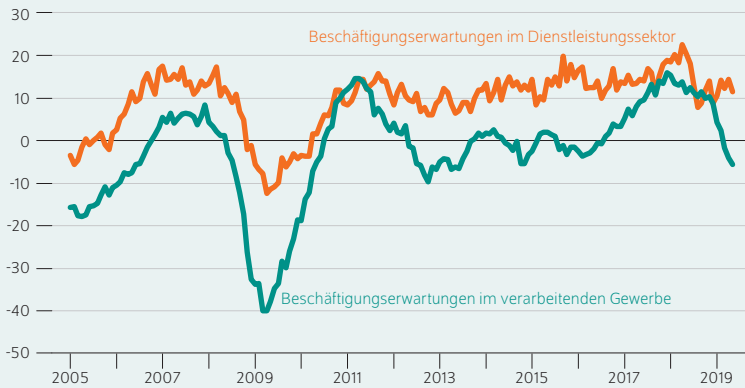
© DIW Berlin 2019

Die Preise ohne Energie steigen nur gemächlich.

Abbildung 5

Ifo Beschäftigtererwartungen

Salden



Quelle: Ifo Institut.

© DIW Berlin 2019

Im verarbeitenden Gewerbe deutet sich eine Verlangsamung der Beschäftigungsentwicklung an.

ergab, dass die Zahl von Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II bislang unterschätzt wurde. Daraus resultierende Korrekturen der Statistik wurden vollständig im Mai durchgeführt.⁶ Auch ungeachtet des Sondereffekts weisen weitere Kurzfristindikatoren, etwa die Arbeitslosigkeitskomponente des IAB-Arbeitsmarktbarometers oder die Zahl von Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB III, auf einen leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit hin.

⁶ Nach Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit liegt der Anstieg zwischen zwei und drei Prozent des aktuellen Bestands an Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II. Für detailliertere Informationen siehe Bundesagentur für Arbeit (2019): Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt, in: Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt, Mai 2019 (online verfügbar).

Nichtsdestotrotz bleibt die Nachfrage nach Arbeit grundsätzlich hoch, deshalb dürfte ab Jahresmitte 2019 die Arbeitslosigkeit – gerade auch im Zuge der Erholung im verarbeitenden Gewerbe – wieder sinken. Dieser Entwicklung liegt zugrunde, dass der Beschäftigungsanstieg im Prognosezeitraum über den Zuwächsen des Erwerbspersonenpotentials liegen dürfte, nicht zuletzt, weil bei steigender Erwerbsneigung die Migration weniger kräftig ausfällt als in den Vorjahren (Kasten 2).

Zusammengenommen wird die Zahl der Arbeitslosen in diesem Jahr voraussichtlich rund 2,2 Millionen Personen betragen, im kommenden Jahr 2,1 Millionen. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 4,9 Prozent im laufenden und 4,6 Prozent im Jahr 2020.⁷

Die Bruttolöhne pro Kopf dürften im Jahr 2019 moderat, um rund 2,8 Prozent, zulegen und ihr Anstieg damit im Vergleich zum Vorjahr etwas nachlassen. Etwas weniger stark ziehen mit rund 2,6 Prozent die Tariflöhne (inklusive Sonderzahlungen) an.⁸ Im kommenden Jahr bleibt die Lohnentwicklung in etwa stabil: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer befinden sich bei anhaltend hoher Arbeitskräfteknappheit nach wie vor in einer guten Verhandlungsposition. Allerdings dürften die Arbeitgeber bestrebt sein, die Mehrbelastung aufgrund der Herstellung der Parität bei den Beiträgen zur gesetzlichen Krankversicherung – mit Verweis auf das Plus beim Nettolohn – zum Teil auf die Beschäftigten abzuwälzen. Die bisher erzielten Tarifabschlüsse dagegen, beispielsweise im öffentlichen Dienst oder im privaten Transport- und Verkehrsgewerbe, legen eine Abschwächung der Tariflohnentwicklung nahe. Hier dürfte unter anderem eine Rolle gespielt haben, dass zuletzt vermehrt nicht-monetäre Leistungen, etwa flexiblere Arbeitszeitregelungen, in den Tarifabschlüssen Berücksichtigung gefunden haben.⁹

In realer Rechnung – gemessen an der Entwicklung der Verbraucherpreise – dürften die Zuwächse der Bruttomonatslöhne in beiden Jahren der Prognose bei etwa 1,3 Prozent liegen. Damit werden sie zwar wohl deutlicher zulegen als die gesamtwirtschaftliche Produktivität, liegen aber unter dem Durchschnitt der Wachstumsraten der vergangenen fünf Jahre.

Privater Verbrauch profitiert von steigenden Einkommen

Trotz spürbarer Einkommenszuwächse hatte der Konsum der privaten Haushalte im zweiten Halbjahr 2018 stagniert, womöglich auch deshalb, weil die schlechteren Nachrichten

⁷ Das 68-Prozent-Konfidenzintervall, das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergibt, liegt für dieses Jahr zwischen 4,9 Prozent und 5,0 Prozent; für das kommende Jahr liegt es zwischen 4,5 Prozent und 4,8 Prozent.

⁸ Für die Jahre 2019 und 2020 liegen bereits für rund 90 beziehungsweise 60 Prozent der Beschäftigten (in tarifgebundenen Unternehmen) gültige Tarifvereinbarungen vor. Auslaufende Tarifverträge werden im Normalfall nicht nahtlos verlängert. Deswegen liegt der Anteil der ArbeitnehmerInnen mit gültigen Tarifverträgen durchschnittlich bei 83 Prozent.

⁹ Hierbei ist eine Verlängerung der Zahlung des tariflichen Zusatzgeldes in der metallverarbeitenden Industrie unterstellt.

über die konjunkturellen Aussichten die Erwartungen der Verbraucherinnen und Verbraucher getrübt haben. Andererseits bleiben die Beschäftigungsaussichten günstig und die Einkommen legen weiterhin in der Breite zu. Hinzu kamen zum Jahresauftakt stimulierende Maßnahmen der Bundesregierung, die die Einkommen und letztlich den Konsum einen Schub geben. Für das laufende Quartal ist allerdings nach dem kräftigen Anstieg des privaten Verbrauchs zum Jahresauftakt mit einem leichten Rücksetzer zu rechnen, zumal die Inflation vorübergehend angezogen hat (Kasten 1). Zur Jahresmitte 2019 dürften dann die spürbaren Ausweitungen der Rente den Konsum wieder ankurbeln.

In der Summe legen die Bruttolöhne und -gehälter in diesem Jahr mit gut vier Prozent weiterhin spürbar zu, jedoch weniger stark als im vergangenen Jahr. Hier schlagen sich der leichte Tempoverlust beim Beschäftigungsaufbau und die etwas geringeren Lohnzuwächse bereits nieder. Diese Entwicklung dürfte sich im kommenden Jahr fortsetzen; der Zuwachs der Lohnsumme dürfte auf dreieinhalb Prozent zurückgehen. Nach Steuern, Abgaben und Transfers fällt das Plus in diesem Jahr dabei höher aus als brutto; dies liegt maßgeblich an der Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung der Krankenkassenbeiträge – die Sozialbeiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steigen deswegen außergewöhnlich gering.

Hinzu kommen in diesem Jahr deutlich steigende Sozialleistungen, vor allem wegen der Rentenausweitung zur Jahresmitte. Im kommenden Jahr legen die Sozialleistungen weniger stark aber immer noch deutlich zu.

Alles in allem steigen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in diesem Jahr mit 3,1 Prozent in etwa so kräftig wie im letzten Jahr. Im kommenden Jahr sind es 2,8 Prozent. Unterstellt wird, dass sich die Sparquote im weiteren Verlauf nicht ändert, so dass von dieser Seite – anders als im vergangenen Jahr – keine dämpfenden Effekte auf den Konsum mehr ausgehen. Bei nur geringer Teuerung der Güter und Dienstleistungen für den privaten Konsum steigt dieser real um 1,5 Prozent in diesem und um 1,3 Prozent im kommenden Jahr.

Tabelle 4

Reale Bauinvestitionen

Konstante Preise, Veränderung in Prozent

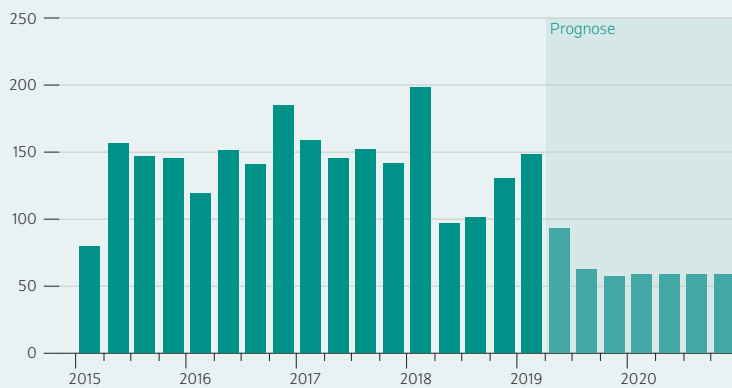
	2018	2016	2017	2018	2019	2020
	Anteile in Prozent	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr				
Wohnungsbau	60,8	5,0	3,0	2,8	3,3	2,8
Nichtwohnungsbau	39,2	2,0	2,9	1,8	5,3	2,7
Gewerblicher Bau	27,3	1,3	3,1	0,6	5,3	2,6
Öffentlicher Bau	12,0	3,9	2,4	4,7	5,3	2,9
Bauinvestitionen	100,0	3,8	2,9	2,4	4,3	2,9
Ausrüstungen		2,3	3,7	4,2	3,1	4,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, DIW Sommergrundlinien 2019.

Abbildung 6

Erwerbstätige

Änderung in Tausend Personen gegenüber Vorquartal



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Der Beschäftigungsaufbau hält im Prognosezeitraum an, verlangsamt sich aber spürbar.

Ausrüstungsinvestitionen: Rege Unternehmensinvestitionen trotz Auftragsflaute

Die Investitionen der Unternehmen in Maschinen, Anlagen und Fahrzeuge haben nach einem bereits soliden Jahresende im ersten Quartal sehr kräftig zugelegt. Hierbei kompensierten die dynamischen privaten Investitionen einen starken Rückgang der öffentlichen Investitionen. Ursache hierfür waren vergleichsweise geringere Anschaffungen militärischer Waffensysteme. Die starke Ausweitung der privaten Investitionen ist wohl teilweise auf Nachholeffekte zurückzuführen: Firmen, die ihren Fuhrpark zum Jahresende aufgrund von Lieferschwierigkeiten der Automobilhersteller nicht erneuern konnten, holten diese Investitionen im ersten Quartal nach.

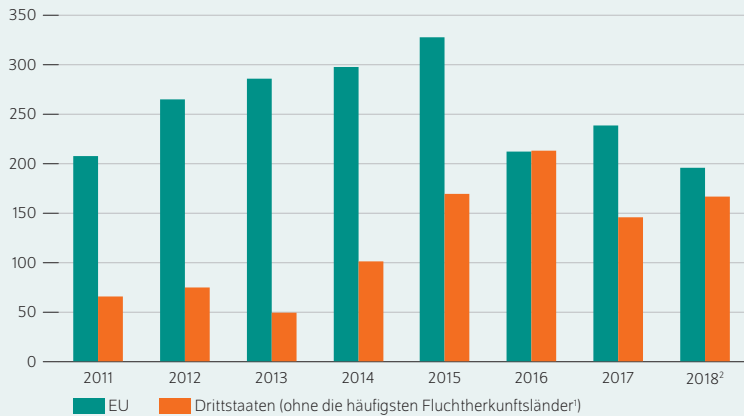
Es ist jedoch trotz der anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen für Unternehmenskredite (Abbildung 7) mit

Kasten 2

Zuwanderung

Abbildung 1

Nettozuwanderung nach Deutschland 2011–2018, in Tausend Personen



1 Die acht häufigsten Fluchherkunftsländer sind Afghanistan, Eritrea, Iran, Irak, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.
2 Vorläufige Zahlen des Statistischen Bundesamtes für 2018.

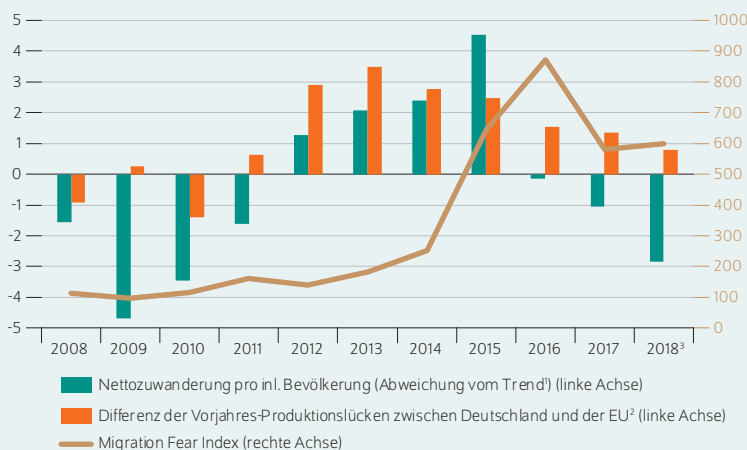
Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2019

Die Nettozuwanderung nach Deutschland aus der EU und aus Nicht-EU-Staaten geht zurück.

Abbildung 2

Nettozuwanderung, Konjunktur und Unsicherheit In Prozent (linke Achse), Indexwert (rechte Achse)



1 annualisiert, Berechnung in Quartalsfrequenz mit HP-Filter und Glättungsparameter 1600
2 Produktionslücke Deutschland basiert auf eigener Schätzung, Produktionslücke der EU basiert auf Schätzung der EU Kommission abzgl. Deutschland.
3 Vorläufige Zahlen des Statistischen Bundesamtes für 2018

Quelle: Statistisches Bundesamt, AMECO, DIW Sommergrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Eine Ursache für den Rückgang der EU-Zuwanderung ist die Angleichung der Konjunkturzyklen.

Deutschland war in den letzten Jahren ein beliebtes Einwanderungsland. Ohne Berücksichtigung der asylbedingten Zuwanderung sind zwischen 2011 und 2018 im Jahresdurchschnitt 350 000 Personen mit ausländischem Pass mehr nach Deutschland ein- als ausgewandert,¹ rund 40 Prozent davon, um zu arbeiten.² Insbesondere bei Zuwanderern aus den EU-Staaten war der Anteil der Erwerbsmigration sehr hoch. Die Entwicklung der Zahl in- und ausländischer Fachkräfte, d. h. Menschen mit beruflicher Qualifikation, verdeutlicht die volkswirtschaftlichen Gewinne der gesamten Zuwanderung: Ohne die zusätzlichen ausländischen Fachkräfte wäre die Zahl qualifizierter Arbeitskräfte im erwerbsfähigen Alter in Deutschland zwischen 2011 und 2018 jahresdurchschnittlich um 150 000 Personen gesunken.³ Die Anzahl deutscher AkademikerInnen im erwerbsfähigen Alter stieg zwar um 145 000 Personen pro Jahr, gleichzeitig sank jedoch die Anzahl nicht-akademischer Fachkräfte, die vor allem in Ausbildungsberufen gesucht werden, unter den deutschen 15- bis 64-Jährigen um gut 300 000 Personen. Berücksichtigt man hingegen auch die ausländische Erwerbsbevölkerung, erhöht sich pro Jahr nicht nur der Akademikerzuwachs um gut 110 000 Personen, sondern es steigt auch die Anzahl nicht-akademischer Fachkräfte um gut 90 000 Personen und kompensiert damit den Rückgang bei den nicht-akademischen deutschen Fachkräften. Allein diese Fakten deuten darauf hin, dass Deutschland in den letzten Jahren von der Zuwanderung profitiert hat. Modellgestützte Simulationen am DIW Berlin zeigen zudem, dass die EU-Zuwanderung im Zeitraum zwischen 2011 und 2016 einen positiven Wachstumsbeitrag von jahresdurchschnittlich 0,2 Prozentpunkte geleistet hat.⁴ Die Zuwanderer haben auf Grund der internationalen Einkommensunterschiede grundsätzlich von ihrer Mobilitätsentscheidung profitiert. Allerdings zeigen Studien, dass sie sich verstärkt am unteren Ende der deutschen Einkommensverteilung befinden, nicht nur weil sie zum Teil tatsächlich geringere Qualifikationen mitbringen, sondern auch, weil ausländische Abschlüsse und Zertifikate nicht oder nur unzureichend anerkannt werden.⁵

In Zukunft dürfte Deutschland allerdings nicht mehr in dem Maße wie bisher von den Wanderungsgewinnen profitieren. Der Wanderungssaldo Deutschlands ist zwar weiterhin positiv, geht allerdings seit 2016 zurück, sowohl mit der EU als auch mit Nicht-EU-Staaten

- 1 Grundlage sind die Ein- und Auswanderungszahlen nach Staatsangehörigkeit. Siehe Statistisches Bundesamt (2019): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Wanderungen.
- 2 Weitere Hauptursachen sind die familiäre Zusammenführung und die Aufnahme eines Studiums bzw. einer Ausbildung; vgl. Sachverständigenrate deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2019): Bewegte Zeiten. Rückblick auf die Integrations- und Migrationspolitik der letzten Jahre. Jahresgutachten 2019 (online verfügbar).
- 3 Siehe Statistisches Bundesamt (2018): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Fachserie 1 Reihe 2 – Ausländische Bevölkerung – Ergebnissen des Ausländerzentralregisters. Die Werte für das Jahr 2018 liegen noch nicht vor.
- 4 Vgl. Marius Clemens und Janine Hart (2018): EU-Zuwanderung hat das Wirtschaftswachstum in Deutschland erhöht, DIW Wochenbericht Nr. 44 (online verfügbar).
- 5 Vgl. Markus Grabka und Jan Goebel (2018): Einkommensverteilung in Deutschland: Realeinkommen sind seit 1991 gestiegen, aber mehr Menschen beziehen Niedrigeinkommen, DIW Wochenbericht Nr. 21 (online verfügbar); OECD (2019): How Do OECD countries compare in their attractiveness for talented migrants? Migration Policy Debates, May 2019 (online verfügbar).

(ohne Fluchtherkunftsländer) (Abbildung 1). Hierfür sind insbesondere vier Ursachen verantwortlich: Erstens, gleichen sich die Konjunktur- und Arbeitsmarktentwicklungen Deutschlands und der Heimatländer sowie potenzieller alternativer europäischer Einwanderungsländer wieder stärker an, so dass weniger Menschen kommen und einige wieder in ihre Heimatländer zurück- oder in alternative EU-Zielländer weiterwandern. Zweitens lässt die Zuwanderung aus Rumänien, Bulgarien und Kroatien, für die seit 2014 bzw. 2015 mit Deutschland Arbeitnehmerfreizügigkeit herrscht, allmählich nach. Drittens dürfte bei der Zuwanderung aus Drittstaaten die hohe Unsicherheit bezüglich tatsächlichen Arbeitsplatzchancen sowie Ressentiments gegenüber Zuwanderung dazu geführt haben, dass Deutschland als Zielland unattraktiver geworden ist. Die EU-Nettozuwanderung ist seit 2016 nicht mehr prozyklisch (Abbildung 2). Der Migration Fear Index zeigt an, dass die Angst vor Zuwanderung in Deutschland in den Jahren 2016 und 2017 und Ressentiments gegenüber Zuwanderung stark angestiegen sind.⁶ Viertens werden auch andere Länder in Zukunft vom demografischen Wandel betroffen sein und werden dazu übergehen, zum einen inländische Fachkräfte und AkademikerInnen verstärkt im Inland zu halten und zum anderen um mehr ausländische Fachkräfte und AkademikerInnen durch eine gesteuerte Migrationspolitik zu werben.

⁶ Der Migration Fear Index basiert auf einer Textsuche deutscher Wirtschaftszeitungen nach Stichworten wie Grenzkontrolle, Schengen, offene Grenzen, Migration, Immigration u.a. in Verbindung mit Wörtern wie Angst, Gewalt, Kriminalität. Siehe dazu auch Scott Baker, Nicholas Bloom und Steven Davis (2015): Immigration fears and policy uncertainty. VoxEU (online verfügbar).

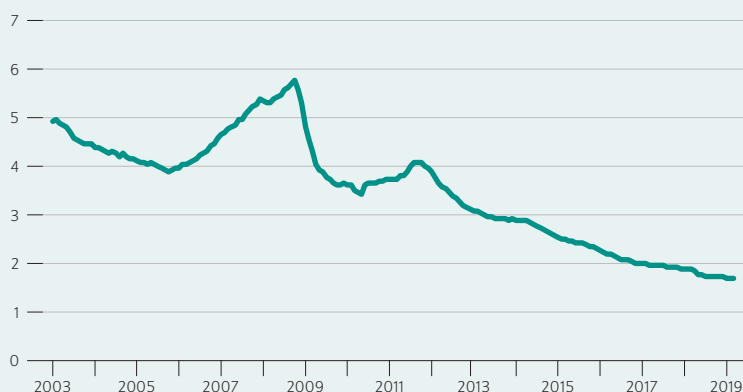
einer leichten Abschwächung der Investitionsdynamik zu rechnen. Der Bestellüberhang, gemessen am Order Capacity Index der Bundesbank, zeigt zwar nach wie vor an, dass die bestehenden Kapazitäten nicht ausreichen, um die Bestellungen abzuwickeln. Allerdings ist der Wert zuletzt merklich gesunken. Die Entspannung bei den Produktionskapazitäten dürfte die Investitionsdynamik der Industrie bremsen. Außerdem sprechen rückläufige Auftragseingänge der Investitionsgüterhersteller aus dem Inland, eine deutliche Eintrübung der Geschäftserwartungen im verarbeitenden Gewerbe sowie sinkende Umsatzzahlen im verarbeitenden Gewerbe für eine schwächere Dynamik. Auch die mit dem bevorstehenden Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union verbundenen Unsicherheiten sowie schwelende Handelskonflikte mit den USA dürften dämpfend wirken. Im weiteren Verlauf werden wohl auch sinkende Auslastungsgrade in einigen Wirtschaftsbereichen und eine sich schließende Produktionslücke die Investitionsstätigkeit der Unternehmen bremsen.

Für das Jahr 2019 ist dennoch mit einem Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen um 3,1 und für das Jahr 2020, bedingt durch einen hohen statistischen Überhang und zusätzliche Arbeitstage, um 4,0 Prozent zu rechnen.

Abbildung 7

Zinsentwicklung

Zinsen für Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Laufzeiten zwischen einem und fünf Jahren



Quelle: Deutsche Bundesbank.

© DIW Berlin 2019

Anhaltend günstige Finanzierungskonditionen für Unternehmen

Bauinvestitionen: Hochkonjunktur hält an

Die Bauinvestitionen legten im ersten Quartal 2019 kräftig zu. Insbesondere der Wirtschaftsbau wirkte stützend. Auch der Wohnungsbau und der öffentliche Bau expandierten merklich. Der positive Jahresauftakt ist auch auf eine recht günstige Witterung zurückzuführen. Das Tempo dürfte allein deshalb, aber auch aufgrund der bereits seit geraumer Zeit stark ausgelasteten Baukapazitäten nicht gehalten werden (Kasten 2). Alles in allem ist die Stimmung bei den Bauunternehmen aber bestens.

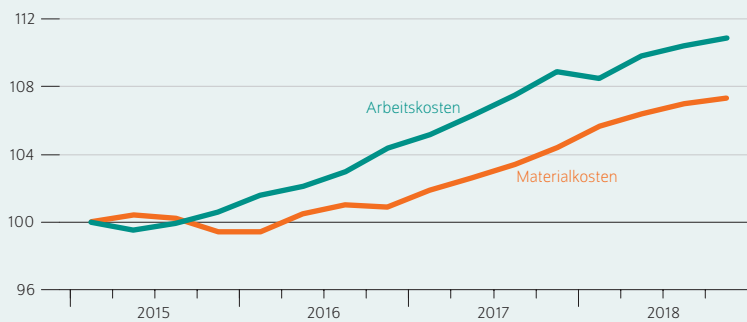
Die Hochkonjunktur wird in allen Bausparten anhalten. Im Wohnungsbau besteht weiterhin ein großer Neubaubedarf vor allem in den Ballungszentren. Der Zuzug in die Städte hält an und die Einkommen der privaten Haushalte steigen weiter recht kräftig. Zuletzt verbesserten sich auch die Finanzierungsbedingungen, und Kredite für Wohnungsbauinvestitionen sind zu historisch günstigen Konditionen zu erhalten. Die Entwicklung der Baugenehmigungen deutet aber darauf hin, dass das reale Wachstum im Bereich des Neubaus allmählich seinen Zenit erreichen wird. Die Stückzahlen neu genehmigter Wohnungen stagnieren seit nunmehr gut zweieinhalb Jahren. Nur geringe Impulse dürften vom Baukindergeld ausgehen, das vorwiegend für den Erwerb bestehender Immobilien genutzt wird.

Im Wirtschaftsbau macht sich perspektivisch die langsamere Gangart der Konjunktur bemerkbar. Impulse sind vor allem von der Bautätigkeit binnenwirtschaftlich orientierter Wirtschaftszweige zu erwarten, d.h. vor allem im Bereich der Handels- und Lagergebäude, aber auch bei Büro- und Verwaltungsgebäuden. Die exportorientierten Industrieunternehmen dürften sich mit neuen Bauvorhaben eher zurückhalten. Die Auftragsentwicklung deutet darüber hinaus auf

Abbildung 8

Baukosten

Index, 2015=100



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2019

Kosten in der Bauwirtschaft nehmen rasant zu.

Impulse beim gewerblichen Tiefbau hin, unter den auch der Ausbau der digitalen Infrastruktur und Investitionen der Bahn gefasst werden. Wie auch für die Ausrüstungsinvestitionen gilt, dass die Unternehmen nach wie vor zu günstigen Konditionen Kredite beziehen können.

Der öffentliche Bau dürfte von der Ausweitung der kommunalen Investitionen und den zusätzlichen Mitteln des Bundes profitieren. Vor allem die Auftragslage im Bereich des Straßenbaus lässt hier Impulse erwarten. Alles in allem ist für das Jahr 2019 ist mit einem Anstieg der Bauinvestitionen um 4,3 und für das Jahr 2020 um 2,9 Prozent zu rechnen (Tabelle 4).

Die Preise für Bauinvestitionen dürften weiter kräftig zulegen. Dafür sprechen die langen Wartezeiten für HandwerkerInnen, die deutlich machen, in welcher guten Position die Unternehmen sind. Dies dürfte sich vor allem in steigenden Gewinnen niederschlagen. Aber auch die Baukosten dürften ihren Aufwärtstrend fortsetzen, sowohl bei den Materialkosten, als auch bei den Arbeitskosten (Abbildung 8). Für das Jahr 2019 ist mit einem Preisanstieg von 4,7 und für das Jahr 2020 von 3,7 Prozent zu rechnen.

Außenhandel: Exporte bleiben aufwärtsgerichtet, Handelskonflikte belasten

Die Importe sind im Auftaktquartal um 0,7 Prozent gestiegen. Die Einfuhren von Waren, vor allem von Investitions- und Konsumgütern, waren die Haupttreiber dieser Entwicklung. Die Exporte zeigten sich gestärkt: Dabei geht das Plus von einem Prozent im Wesentlichen auf einen Zuwachs der Warenausfuhr zurück.

Im laufenden Quartal dürften die Exporte zurückgehen, auch bedingt durch die späten Osterfeiertage (Kasten 1).

Die Auslandsnachfrage bleibt jedoch klar aufwärtsgerichtet, wenngleich mit sich abschwächenden Wachstumsraten.

Der sich verschärfende Handelsstreit zwischen den USA und China und seit kurzem auch zwischen den USA und Mexiko bedeutet für den deutschen Außenhandel Widersprüchliches: Einerseits trifft ein Rückgang des Welthandels als Folge von Zurückhaltung bei Haushalten und Produzenten die stark exportorientierte Industrie in Deutschland unmittelbar. Andererseits könnten die eingeführten Zölle die Güternachfrage auf deutsche Produkte umleiten, die dann relativ gesehen günstiger sind. Gleichzeitig ist aber auch denkbar, dass sowohl die USA als auch China Produkte, die sie nun nicht mehr im jeweils anderen Land absetzen können, zu reduzierten Preisen auf dem Weltmarkt anbieten und dadurch zusätzliche Konkurrenz für hiesige Produzenten entsteht. Der Gesamteffekt auf die deutschen Exporte dürfte aus einer Mischung dieser Effekte bestehen. Im weiteren Prognosezeitraum ist daher vorerst nicht mit stärkeren Schwankungen, wohl aber – im Einklang mit der sich langsam eintrübenden Weltkonjunktur – etwas schwächeren Zuwachsraten zu rechnen.

Die Einfuhren dürften im zweiten Quartal ebenfalls sinken, vor allem aufgrund des Ferientageeffekts. Im weiteren Verlauf regt die Umsetzung der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen finanzpolitischen Maßnahmen den heimischen Konsum an. Dies dürfte sich auch in einer regen Importnachfrage widerspiegeln: Die Zuwachsraten liegen dann in etwa auf dem Niveau der Exporte, sodass der Außenbeitrag neutral ausfällt.

Die Einfuhrpreise sanken im ersten Quartal, getrieben von gesunkenen Energiekosten, deutlich. Im Gegensatz dazu zogen die Ausführpreise etwas an, was in der Summe eine Verbesserung der Terms of Trade nach sich zog. Für das zweite Quartal ist aufgrund wieder anziehender Importpreise, aber weiterhin nur verhalten steigender Exportpreise, mit einer Verschlechterung der Terms of Trade zu rechnen. Im weiteren Prognoseverlauf lassen diese Effekte nach, sodass die Terms of Trade im kommenden Jahr in etwa neutral ausfallen.

Öffentliche Finanzen: Weiterhin erhebliche Überschüsse

Im ersten Quartal Jahr 2019 erzielte der Staat einen finanziellen Überschuss in Höhe von gut 19 Milliarden Euro, um eineinhalb Milliarden höher als im ersten Quartal des Vorjahres. Rund drei Viertel gehen dabei auf Überschüsse der Gebietskörperschaften zurück.

Im Prognosezeitraum dürfte der Finanzierungssaldo weiter positiv bleiben, denn der Staat wird wohl trotz einer im Vergleich zum Jahr 2018 etwas schwächeren wirtschaftlichen Grunddynamik sowie einer Reihe von durchgeführten und geplanten expansiv wirkenden Maßnahmen (Tabelle 5) weiterhin finanzielle Überschüsse generieren (Tabelle 6).

Tabelle 5

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–) in Milliarden Euro gegenüber 2018

	2019	2020
Einnahmen der Gebietskörperschaften²		
Alterseinkünftegesetz	-1,4	-2,8
Erhöhung von Kindergeld, Grund- und Kinderfreibetrag 2017 und 2018, Verschiebung der Tarifeckwerte	-0,4	-0,5
Sonstige steuerliche Maßnahmen ³ (vergangene Bundesregierung)	-1,6	-1,7
Erhöhung des Grundfreibetrags	-1,0	-2,9
Erhöhung der Kinderfreibeträge 2019 und 2020		-0,3
Tarifverschiebung 2019 und 2020	-2,0	-4,2
Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet	-0,6	-0,8
Kfz-Steuer: Abgaswertneuberechnung	0,1	0,2
LKW-Maut (Ausweitung auf alle Bundesstraßen und Anhebung der Mauttarife zum 1. Januar 2019)	1,7	1,8
Rückführung der Fluchthilfemaßnahmen	0,2	0,3
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung um 0,5 Prozentpunkte zum 1. Januar 2019	7,3	7,5
Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte im Jahr 2019	-5,9	-6,1
Ausweitung der Gleitzone bei Midijobs zum 1. Juli 2019	-0,2	-0,4
Änderung der Bemessungsgrundlage von Selbstständigen in der gesetzlichen Krankenversicherung	-0,8	-0,8
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Bundesteilhabegesetz bei Menschen mit Behinderung		-0,3
Einsparung bei ALG II durch das Familienentlastungsgesetz	0,1	0,1
Parität beim Zusatzbeitrag zur GKV: Beschäftigte im Öffentlichen Dienst	-0,9	-0,9
Gute-Kita-Gesetz	-0,5	-1,0
Beihilfen aufgrund von Ernteausfällen von Bund und Ländern		0,2
Baukindergeld	-0,6	-0,9
Starke-Familien-Gesetz	-0,2	-1,0
Erhöhung des Kindergeldes um 10 Prozent/Monat ab dem 1. Juli 2019	-1,1	-1,9
Aufstockung des BAFöG/Aufstiegsfortbildung in der beruflichen Bildung	-0,2	-0,6
Teilhabechancengesetz	-0,6	-0,7
Familiengeld und Kindergartenzuschuss in Bayern	-0,4	-0,5
Verteidigung	-3,0	-3,7
Mehrausgaben für Entwicklungshilfe	-0,8	-0,8
Mehrpersonele innere Sicherheit	-0,3	-0,6
Investive Ausgaben ⁴	-1,4	-3,2
Ausgaben der Sozialversicherungen		
Maßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung ⁵	-0,7	-0,9
Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der Arbeitslosenversicherung	-0,1	-0,1
Anpassung Renten Ost	-0,4	-1,0
Erhöhung der Zurechnungszeit der Erwerbsminderungsrente	-0,1	-0,3
Parität beim Zusatzbeitrag zur GKV: Beiträge der Rentenversicherung zur Krankenversicherung der Rentner	-1,4	-1,4
Mütterrente II	-3,8	-3,9
Pflegepersonalstärkungsgesetz	-1,7	-2,1
Insgesamt		
	-22,7	-36,2
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent	-0,7	-1,0

1 Ohne makroökonomische Rückwirkungen.

2 Die Wirkungen von Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr.

3 Steuerrechtsänderungen: u.a. Reform der Investmentbesteuerung, Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken mit Rechtsüberlassungen, Neuregelungen der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Betriebsrentenstärkungsgesetz.

4 Fonds für Breitbandausbau, Digitalpakt, Kaufbonus E-Mobilität, Gemeindeverkehrsfinanzierung, Kommunalinvestitionsförderungsfonds.

5 Reform der Struktur der Krankenhausversorgung, Gesetz zur Stärkung der Arzneimittelversorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung, Gesetz zur Stärkung der Hilfs- und Heilmittelversorgung, Terminservice- und Versorgungsgesetz.

Quelle: Bundesregierung, DIW Sommergrundlinien 2019.

Die Steuereinnahmen zeichnen dabei das widersprüchliche Bild der aktuellen konjunkturellen Situation nach. Die Lohnsteuereinnahmen dürften in diesem und nächstem Jahr weiterhin kräftig ansteigen. Allerdings werden sie wohl durch eine Reihe von verschiedenen Maßnahmen, wie die Anhebung der Grund- und Kinderfreibeträge, die Erhöhung des Beitragssatzes der sozialen Pflegeversicherung und einer

Verschiebung der Tarifeckwerte insbesondere im Jahr 2020 schwächer wachsen als im letzten Jahr. Die Unternehmenssteuern, insbesondere die Körperschafts- und Gewerbesteuern, dürften hingegen nach Gewinneinbußen der Unternehmen in der ersten Jahreshälfte die Jahreseinnahmen dämpfen. Im nächsten Jahr werden sie wieder positiv zum Einnahmewachstum beitragen. Die Sozialbeiträge werden

Tabelle 6

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹ 2010 bis 2020

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs-saldo	Nachrichtlich: Zinssteuerquote ²
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:			
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto-investitionen		
2010	43,0	21,4	16,5	47,3	2,5	2,3	-4,2	11,6
2011	43,8	22,0	16,4	44,7	2,5	2,3	-1,0	11,4
2012	44,3	22,5	16,5	44,3	2,3	2,2	0,0	10,2
2013	44,5	22,9	16,5	44,7	2,0	2,1	-0,1	8,6
2014	44,5	22,7	16,4	44,0	1,6	2,0	0,6	7,0
2015	44,5	22,9	16,4	43,7	1,4	2,1	0,8	6,1
2016	44,8	23,2	16,6	43,9	1,2	2,2	0,9	5,1
2017	45,0	23,4	16,7	43,9	1,0	2,2	1,0	4,4
2018	45,6	23,7	16,9	43,9	0,9	2,3	1,7	3,9
2019	45,8	23,6	17,1	44,6	0,9	2,5	1,2	3,6
2020	45,7	23,5	17,2	44,8	0,8	2,5	0,9	3,4

1 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

2 Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium der Finanzen, DIW Sommergrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

von verschiedenen – sich teilweise kompensierenden – Effekten beeinflusst: Im laufenden Jahr steht der Beitragssatzsenkung in der Arbeitslosenversicherung ein entsprechender Anstieg in der Pflegeversicherung gegenüber. Gleichzeitig reduziert sich der Mindestbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung für Selbstständige. Insgesamt werden die staatlichen Einnahmen im Prognosezeitraum jahresdurchschnittlich um gut drei Prozent zunehmen.

Auf der Ausgabenseite werden die Arbeitnehmerentgelte des Staates aufgrund von Tariflohnsteigerungen und des Beschäftigungsaufbaus im öffentlichen Sektor weiter deutlich expandieren, die sozialen Sachleistungen in der Summe dagegen vergleichsweise moderat. Die monetären Sozialleistungen werden im laufenden Jahr infolge von Leistungsausweitungen wie der Erweiterung der Mütterrente und der Erhöhung des Kindergeldes ansteigen. Die anhaltend gute Arbeitsmarktlage dämpft hingegen bisher noch die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung und das Arbeitslosengeld II. Die staatlichen Bruttoinvestitionen werden infolge erhöhter öffentlicher Bautätigkeit dynamisch zunehmen. Auch bei den Vorleistungen ist ein deutlicher Anstieg zu erwarten, denn viele Maßnahmen wie der Digitalpakt werden hier verrechnet. Entscheidend für die weitere Entwicklung der staatlichen Ausgaben dürften auch die weiterhin sinkenden Zinsausgaben sein. Denn selbst wenn das allgemeine Zinsniveau zum Ende des Prognosezeitraums leicht ansteigen wird, werden auslaufende Bundesanleihen mit

hohen Kuponzahlungen durch Anleihen mit günstigeren Konditionen ersetzt. Allerdings läuft dieser Effekt in den nächsten Jahren aus, so dass sich der Rückgang der Zinsausgaben weiter verlangsamt.

Alles in allem wird der Staat damit in 2019 und 2020 trotz expansiver Ausrichtung weiterhin Überschüsse erwirtschaften. Diese sinken jedoch auf rund 40 Milliarden im Jahr 2019 und 32 Milliarden im Jahr 2020, bzw. 1,2 und 0,9 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Der Großteil der Überschüsse in Höhe von 45 Prozent im Jahr 2019 bzw. 48 Prozent im Jahr 2020 dürfte in den Bundeshaushalt fließen.

Nach Bereinigung um konjunkturelle und Einmaleffekte wird der strukturelle Finanzierungssaldo im Jahr 2019 gut 34 Milliarden Euro (bzw. 1,3 Prozent in Relation zum Produktionspotential) betragen und im Jahr 2020 auf 24,5 Milliarden Euro (bzw. 0,7 Prozent in Relation zum Produktionspotential) sinken.¹⁰ Der Bruttoschuldenstand des Staates in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt dürfte damit bis 2020 auf 55 Prozent sinken und damit deutlich unterhalb des Maastricht-Referenzwertes liegen.

¹⁰ Die strukturellen Werte wurden mit einer Budgetsemielastizität von 0,504 berechnet. Vgl. Gilles Mourre, Aurélien Poissonnier und Martin Lauegger (2019): The Semi-Elasticities Underlying the Cyclical-Adjusted Budget Balance: An Update & Further Analysis, European Economy Discussion Paper 098, European Commission, May 2019 (online verfügbar).

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin |
cmichelsen@diw.de

Martin Bruns ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik
am DIW Berlin | mbruns@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung
Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Max Hanisch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Weltwirtschaft
am DIW Berlin | mhanisch@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am
DIW Berlin | sjunker@diw.de

Konstantin Kholodilin ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung
Makroökonomie am DIW Berlin | kkholodilin@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung
Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 22+23+24/2019:

www.diw.de/diw_weekly

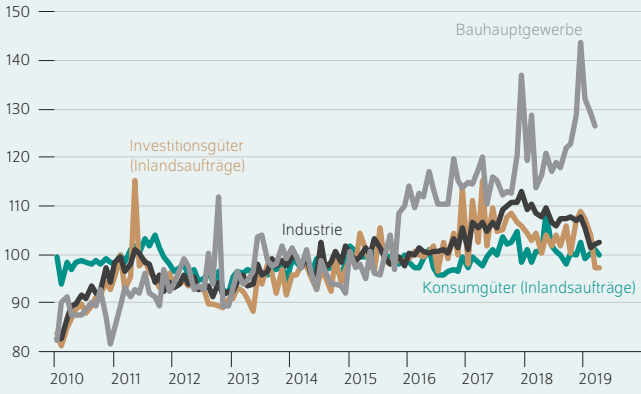


Abbildung 9

Konjunkturindikatoren für Deutschland

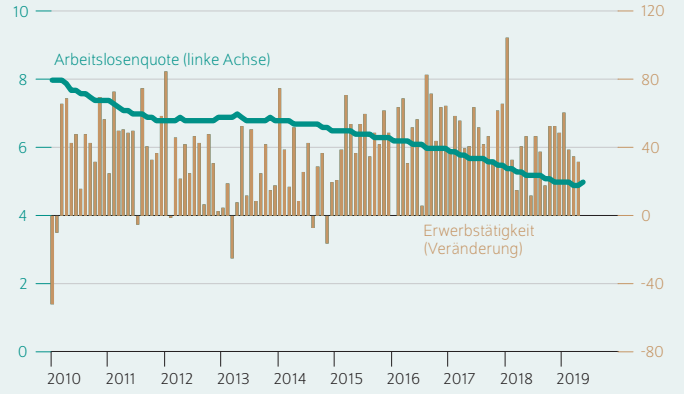
1. Auftragseingang

Kalender- und saisonbereinigte Werte



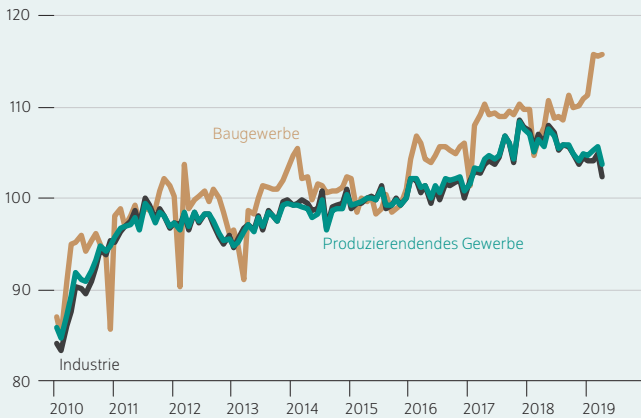
2. Arbeitsmarkt

In Prozent, Tausend



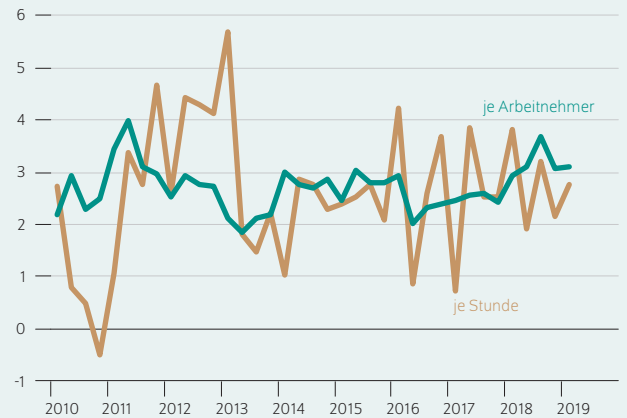
3. Produktionsindex

Kalender- und saisonbereinigte Werte



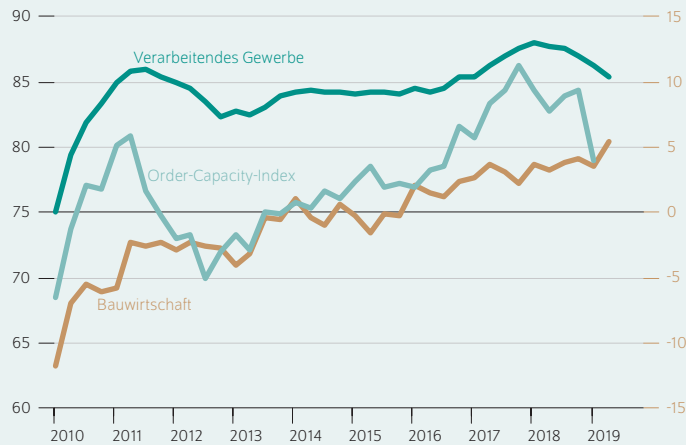
4. Löhne

Veränderung in Prozent



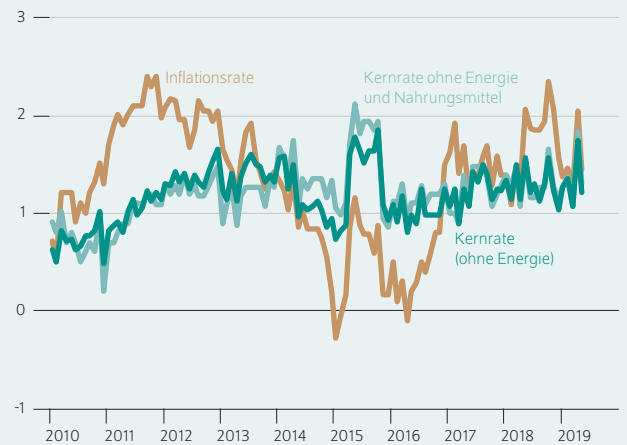
5. Kapazitätsauslastung

Kalender- und saisonbereinigte Werte



6. Preisentwicklung

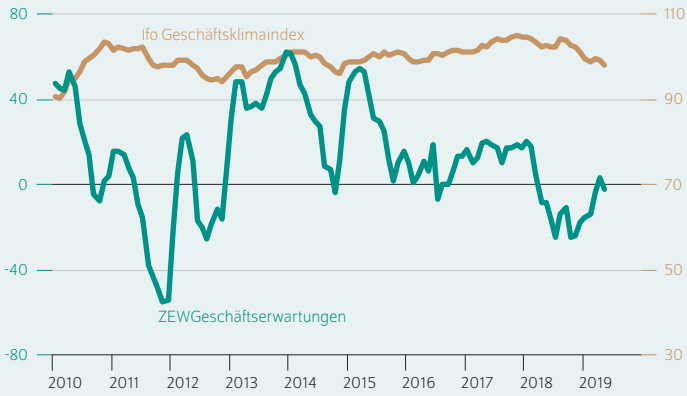
In Prozent, saisonbereinigte Werte



Quellen: (1, 3, 4, 6) Statistisches Bundesamt; (2) Deutsche Bundesbank; (5) ifo Institut; Deutsche Bundesbank; (7) ifo Institut; ZEW; (8, 10, 12) Deutsche Bundesbank; (9) Eurostat; Baker/Bloom/Davis; (11) Statistisches Bundesamt.

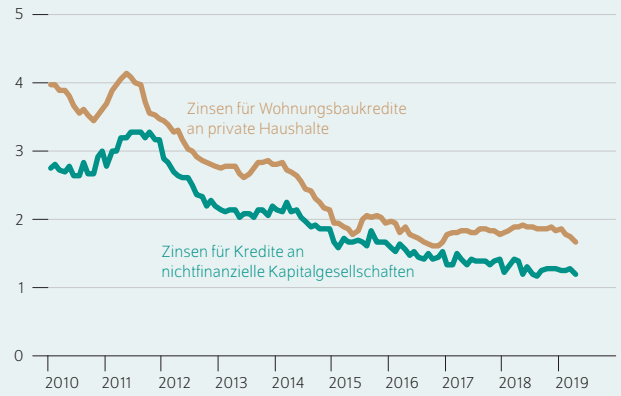
7. Unternehmensstimmung

Kalender- und saisonbereinigte Werte



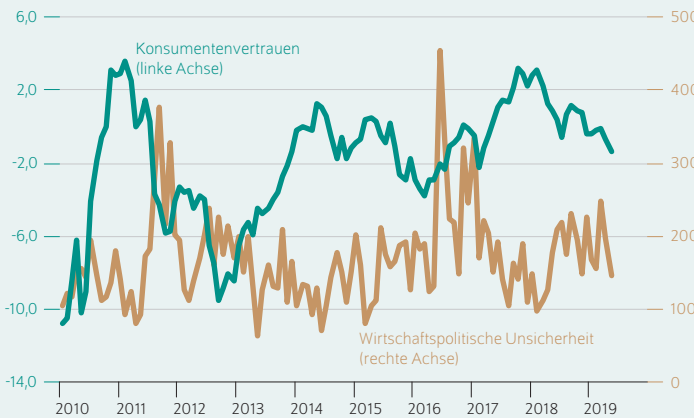
8. Zinsen

In Prozent



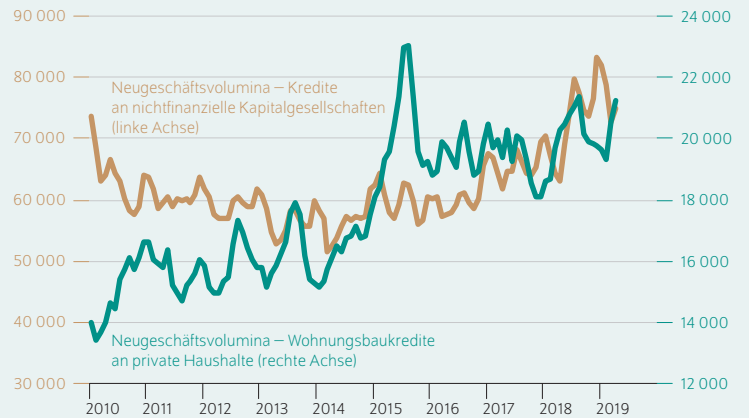
9. Konsumentenstimmung, wirtschaftspolitische Unsicherheit

Salden positiver / negativer Antworten; Newsindex, Mittelwert vor 2011=100



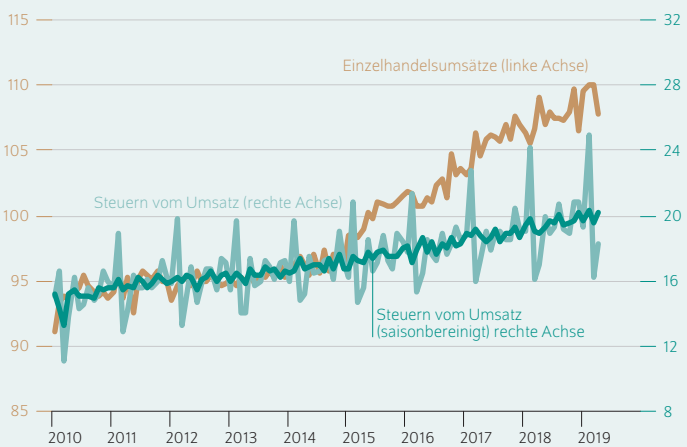
10. Kredite – Neugesäftsvolumina

In Millionen Euro, gleitender Monatsdurchschnitt



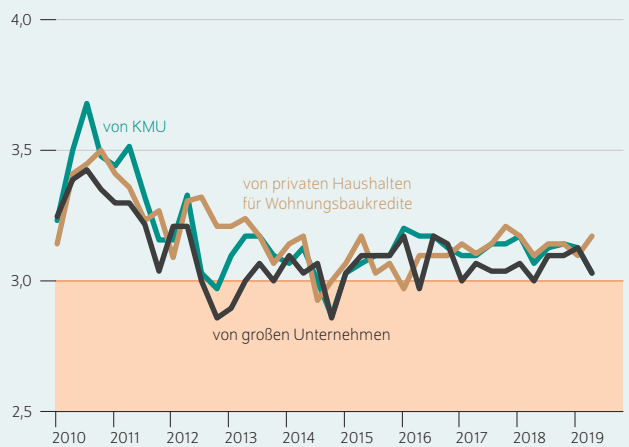
11. Umsatzsteueraufkommen und Einzelhandelsumsätze

Index 2010=100, in Milliarden Euro



12. Kreditnachfrage in den kommenden drei Monaten

3 = konstant; >3: steigt; <3: sinkt



IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

86. Jahrgang 13. Juni 2019

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky;
Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen;
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Karl Brenke

Redaktion

Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;
Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor;
Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter